

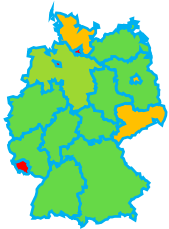
## Newsletter

### zur Einkommens- und Vermögensabhängigkeit von Assistenzleistungen und zum geplanten Bundesleistungsgesetz

Ausgabe 12-2013 / 01-2014

#### 1. Das Bundesleistungsgesetz auf Landesebene

##### 1.1. Bericht der Länderarbeitsgruppe für die ASMK zu einem Bundesleistungsgesetz



Am 30.09.2013 fand das Expertengespräch zur möglichen Ausgestaltung eines Bundesleistungsgesetzes mit den Vereinen und Verbänden der Menschen mit Behinderungen und Vertretern der Länderarbeitsgruppe zur Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes in Berlin statt. ForseA berichtete hierüber im [Newsletter 10-2013](#). Der vorgestellte Bericht für die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) wurde in Folge der massiven Kritik der Vereine und Verbände der Menschen mit Behinderungen nochmals überarbeitet. Relevante Änderungen wurden in folgenden Teilen des [Berichts](#) vorgenommen:

##### *Teil A: Anlass des Berichts*

Die Arbeitsgruppe hat eine irreführende Formulierung berichtigt, wonach sich die erzielten Kostenbeiträge durch Anrechnung von Einkommen und Vermögen von Menschen mit Behinderungen auf 500 Mio. Euro in 2011 beliefen. Nunmehr ist lediglich von 196 Mio. Euro die Rede. Der korrigierte Wert entspricht jetzt den Berechnungen von ForseA e.V. (nur Eingliederungshilfe ohne Hilfe zur Pflege, ambulanter Bereich (8 Mio. Euro in 2008) und stationärer Bereich (177 Mio. Euro in 2008), Extrapolation dieser Werte für das Jahr 2011).

##### *Teil B: Inhaltliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe*

1. Die Länderarbeitsgruppe verzichtet auf die Feststellung, dass in vielen Fragen mit den Interessenvertretungen und Verbänden der Menschen mit Behinderungen zu

Wir sind Mitglied bei:

European Network on Independent Living (ENIL)

European Coalition for Community Living (ECCL)



Folgende Bundesverbände sind Mitglied bei uns:

daneben viele Landesverbände und regional tätige Vereine (siehe <http://www.forsea.de/ueberuns/mitglieder.shtml>)

den Reformthemen Teilhabe am Arbeitsleben, Bedarfsermittlung, Leistungszuordnung und Vertragsrecht bereits ein Konsens erzielt worden sei.

2. Gleich zu Beginn des Teil B wurde der Prüfauftrag aufgenommen, unter welchen Voraussetzungen auf den Einsatz von Einkommen und Vermögen im Sinne des [Bundesratsbeschlusses](#) (282/12 (B)) verzichtet werden kann.

*Teil C: Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe*

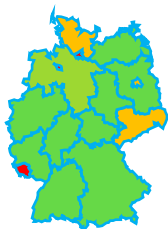
Das Bundesteilhabegeld soll nunmehr einkommens- und vermögensunabhängig gewährt werden, so zumindest die Empfehlung der Arbeitsgruppe.

*Teil E: Expertengespräch mit den Interessenvertretungen und Verbänden der Menschen mit Behinderungen am 30. September 2013*

Der Teil E wurde neu ergänzt und enthält die Positionen der Interessenvertretungen und Verbände der Menschen mit Behinderungen.

**ForseA-Stellungnahme:** Auch die überarbeitete Fassung des Berichts für die ASMK ist in keiner Weise zufriedenstellend. Strittige Formulierungen, wie die nicht BRK-konforme Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechts hinsichtlich Wohnort und Wohnform, wurden unverändert übernommen. Die Forderung nach der Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit der Eingliederungshilfe findet sich zwar jetzt im wichtigen Teil B, wird aber nur als Prüfauftrag und nicht für alle Fachleistungen (z.B. Hilfe zur Pflege) formuliert. **Insgesamt ist ein überaus halbherziges Handeln der Länderarbeitsgruppe festzustellen, unfähig, klar Position zu beziehen und Bundesländer zu benennen, die als Verhinderer bekannt sein müssten.**

## 1.2. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK)



Am 27./28.11.2013 fand die diesjährige Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) in Magdeburg statt. Bzgl. der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes mit einem Teilhabegeld für Menschen mit Behinderungen wurde einvernehmlich beschlossen, dass es ein Bundesteilhabegeld für Menschen mit Behinderungen ohne Anrechnung von Einkommen geben soll. Ferner erwartet die ASMK, dass der Bund bei der Ausgestaltung des Bundesleistungsgesetzes prüft, ob und wie die Forderung des Bundesrates umgesetzt werden kann, „Menschen mit Behinderungen im Zusammenhang mit den erforderlichen Fachleistungen der Eingliederungshilfe so weit wie möglich vom Einsatz eigenen Einkommens und Vermögens freizustellen“. Das vollständige Ergebnisprotokoll der 90. ASMK ist über folgenden Link abrufbar:

[http://www.asmk.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik\\_und\\_Verwaltung/MS/ASMK/90\\_ASMK/Protokoll\\_90\\_ASMK\\_final\\_extern\\_barrierefrei.pdf](http://www.asmk.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MS/ASMK/90_ASMK/Protokoll_90_ASMK_final_extern_barrierefrei.pdf)

**ForseA-Stellungnahme:** Nicht überraschend wurde nach dem Bericht der Länderarbeitsgruppe an die ASMK (siehe Punkt 1.1) lediglich ein Prüfauftrag zur Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit der Eingliederungshilfe im Beschluss aufgenommen.

Die Länder versuchen, sich still und heimlich aus der Verantwortung zu stehlen und die Entscheidung und wohl auch die Finanzierung dem Bund alleinig unterzuschieben. Die ASMK wagt nicht, auch die Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel SGB XII zu erwähnen, die in gleicher Weise wie die Eingliederungshilfe, unabhängig von Einkommen und Vermögen gewährt werden müsste. Eine neutrale Studie, ob die Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit tatsächlich mit Mehrkosten oder, wie ForseA vorrechnet, Einsparungen von rund 500 Mio. Euro mit sich bringen würde, wird von der ASMK überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Im Vordergrund stehen nicht Sachargumente, sondern die offenkundige Absicht der Länder, einen möglichst großen Anteil der Eingliederungshilfekosten auf den Bund abzuwälzen. Menschen mit Behinderungen sollen bei diesem Pokerspiel nur dekorative Statisten sein. Das wird jedoch nicht passieren!

## 2. Das Bundesleistungsgesetz auf Bundesebene (BMAS)



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Die Große Koalition ist nunmehr Realität und Andrea Nahles (SPD) neue Arbeits- und Sozialministerin. ForseA e.V. begleitete mit Stellungnahmen die Beratungen der Koalitions-Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, zuletzt mit einem [Schreiben](#) dringender und wichtiger Fragen zum Koalitionsvertrag vor einer ForseA-Empfehlung für das SPD-Mitgliedervotum. Bzgl. einer einkommens- und vermögensunabhängigen Ausgestaltung des Bundesleistungsgesetzes wurde im Koalitionsvertrag<sup>1</sup> festgelegt:

*Wir wollen die Menschen, die aufgrund einer wesentlichen Behinderung nur eingeschränkte Möglichkeiten der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft haben, aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herausführen und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln.*

ForseA e.V. stellte zu diesem Themenbereich folgende Fragen:

- a) *Bitte definieren Sie den unbestimmten Begriff „wesentliche Behinderung“.*
- b) *Schließt die Formulierung „aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herausführen“ die einkommens- und vermögensunabhängige Gewährung von Fachleistungen ein, insbesondere der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege nach dem Sechsten bzw. Siebten Kapitel SGB XII?*
- c) *Wird das „moderne Teilhaberecht“ auch die Hilfe zu Pflege nach dem Siebten Kapitel SGB XII beinhalten? Zum Hintergrund: Menschen mit Assistenzbedarf sind i.d.R. sowohl auf Eingliederungshilfe, als auch auf Hilfe zur Pflege angewiesen. Der Verzicht auf die Einkommens- und Vermögensanrechnung bei nur einer der beiden Leistungen würde bei Menschen mit Assistenzbedarf keine Wirkung entfalten, da diese weiterhin über die jeweils andere Leistung zu Kostenbeiträgen herangezogen werden würden.*
- d) *Die Begriffe „herausführen“ und „weiterentwickeln“ suggerieren einen Prozess. Bitte nennen Sie einen Zeitpunkt, wann dieser Prozess abgeschlossen sein wird.*

<sup>1</sup> <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>

Hierauf Antwortete Frau Nahles mit [Schreiben vom 10.12.2013](#), welches nach dem SPD-Mitgliedervotum bei ForseA e.V. einging:

*Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass an dieser Stelle den Beratungen eines konkreten Gesetzgebungsvorhabens nicht vorgegriffen werden kann. Zur Schaffung der Grundlagen für ein modernes Teilhaberecht sind zahlreiche rechtliche Erwägungen erforderlich, deren Ergebnis zum jetzigen Zeitpunkt nicht feststehen kann.*

**ForseA-Stellungnahme:** Der Koalitionsvertrag könnte als Schritt in die richtige Richtung gedeutet werden, doch bleiben die Aussagen, so wie das Beispiel oben zeigt, vollkommen im Vagen. ForseA e.V. hat sich daher, ebenso wie die Arbeitsgemeinschaft behinderter Menschen in der SPD, [Selbst Aktiv](#), gegen den Koalitionsvertrag ausgesprochen und seinen SPD-Mitgliedern eine Ablehnung empfohlen. Jetzt liegt es in der Hand von Ministerin Nahles, längst überfällige Reformen aufgrund der UN-Behindertenrechtskonvention zügig anzugehen. Hierzu gehört selbstverständlich die einkommens- und vermögensunabhängige Ausgestaltung aller Fachleistungen.

### 3. Paritätischer Gesamtverband – Eckpunkte für ein Leistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen



Der Paritätische Gesamtverband – Dachverband von mit mehr als 10.000 eigenständigen Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen im Sozial- und Gesundheitsbereich – hat Eckpunkte für ein Leistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen erarbeitet:

[http://www.der-paritaetische.de/index.php?eID=tx\\_nawsecuredl&u=0&file=/uploads/media/Eckp\\_Leistungs\\_G\\_Par\\_GV.pdf&t=1389539442&hash=a8fe4c02a42ee96ee8cabf50f2e31f997b083493](http://www.der-paritaetische.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=/uploads/media/Eckp_Leistungs_G_Par_GV.pdf&t=1389539442&hash=a8fe4c02a42ee96ee8cabf50f2e31f997b083493)

Der Paritätische Gesamtverband fordert darin:

*Teilhabeleistungen sind für Menschen mit Behinderungen im Sinne eines Nachteilsausgleiches unabhängig von ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen zu gewähren. Das Einkommen und Vermögen von Angehörigen und Lebenspartnern darf erst recht nicht herangezogen werden. Es erschwert Menschen mit Behinderung das Leben in einer Bedarfs- oder Haushaltsgemeinschaft wesentlich, wenn dies für ihre Angehörigen und Partner mit einer erheblichen finanziellen Belastung verbunden ist.*

**Der Paritätische spricht sich grundsätzlich für eine einkommens- und vermögensunabhängige Gewährung der Teilhabeleistungen aus. Einkommen und Vermögen von Angehörigen und Partnern haben außer Betracht zu bleiben.**

#### 4. Neues zur Petition zur Abschaffung der Einkommens- und Vermögensanrechnung für Menschen mit behinderungsbedingtem Assistenzbedarf



Die [Petition zur Abschaffung der Einkommens- und Vermögensanrechnung für Menschen mit behinderungsbedingtem Assistenzbedarf](#)<sup>2</sup> zählt zwischenzeitlich knapp

**84.500**

Unterstützer.

#### 5. Unglaublich! Steuervergeudung hat lautlos die Milliardengrenze überschritten



Am 18. Dezember 2013 hat der [Verswendungszähler auf der ForseA-Homepage](#) die Milliardengrenze überschritten. Der Verschwendungszähler erinnert an die unglaubliche Verschwendung von Steuergeldern aufgrund der Einkommens- und Vermögensüberprüfung behinderter Menschen mit Assistenzbedarf. Alljährlich werden hierfür 500 Mio. Euro Verwaltungskosten aufgewandt, um gerade einmal 12 Mio. Euro Kostenbeiträge von diesen Menschen einzunehmen.

ForseA-Stellungnahme: „Lucky von der Leyen“ war gestern, genauso wie das Logo der Unglaublich!-Kampagne. Jetzt steht Ministerin Nahles in der Verantwortung. ForseA e.V. ist gespannt, wie viele Milliarden Ministerin Nahles vergeuden wird, bevor ein einkommens- und vermögensunabhängiges Bundesleistungsgesetz verabschiedet wird.

#### 6. Presse / Medien

##### 6.1. Menschen das Magazin – Gleiche Rechte für alle?

Am 30.11.2013 berichtete das ZDF erneut über die Eheleute Claaßen-Fischer:

<http://menschen.zdf.de/ZDF/zdfportal/programdata/678a15b0-9776-3996-9d56-49ce8a03c5cf/20240841?doDispatch=2>

Obwohl Rüdiger Fischer und seine Ehefrau Antje einen gut bezahlten Job haben, werden sie nie über das Niveau von Hartz IV hinauskommen. Denn Antje Claaßen-Fischer ist aufgrund einer Muskelerkrankung auf Assistenz angewiesen. Bis zu 40

<sup>2</sup> [http://www.change.org/de/Petitionen/recht-auf-sparen-und-gleiches-einkommen-auch-f%C3%BCr-menschen-mit-behinderungen-2600?utm\\_campaign=share\\_button\\_action\\_box&utm\\_medium=facebook&utm\\_source=share\\_petition](http://www.change.org/de/Petitionen/recht-auf-sparen-und-gleiches-einkommen-auch-f%C3%BCr-menschen-mit-behinderungen-2600?utm_campaign=share_button_action_box&utm_medium=facebook&utm_source=share_petition)

Prozent seines Einkommens muss ihr Mann für Antjes Pflegekosten aufwenden. "Geben Sie ihre Frau ins Heim, das ist preiswerter", so der Rat von Behörden.

Das eigene Haus in Süddeutschland musste das Ehepaar inzwischen verkaufen, ist nach Berlin umgezogen. Wie viele andere Menschen mit Behinderung wollen auch sie eine gleichberechtigte Teilhabe.

## 6.2. 3sat – Beiträge zum Thema Behinderung

Zum Tag der Menschen mit Behinderungen am 03.12.2013 sendete 3sat eine Reihe von Filmbeträgen zum Thema Behinderung. U.a. wurden auch Berichte von Menschen gezeigt, die Schwierigkeiten mit der Finanzierung ihrer Assistenz haben.

<http://www.3sat.de/mediathek/?datum=20131203&cx=107>

## 6.3. kobinet-Nachrichten – Sparschweine für Recht auf Sparen

Mit der Übergabe ihrer Sparschweine an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und an die Landessozialministerien haben behinderte Menschen im Vorfeld des Weltspartages ein Recht auf Sparen eingefordert. Eine Antwort vom rheinland-pfälzischen Sozialminister Alexander Schweitzer lässt nun etwas hoffen:

*"Die Bundesländer vertreten übereinstimmend seit längerer Zeit die Auffassung, dass die Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen weiter zu entwickeln sind. Dazu gehört auch, dass diese Leistungen zukünftig nicht mehr im Sozialhilferecht (SGB XII) verortet werden sollen; vielmehr sollen die weiter zu entwickelnden gesetzlichen Rahmenbedingungen in einem eigenständigen 'Bundesteilhabegesetz' normiert werden. Dabei muss auch die Frage beantwortet werden, ob diese Leistungen weiterhin einkommens- und vermögensabhängig geleistet werden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass als Zielvorstellung die Fachleistungen der Eingliederungshilfe unabhängig von der wirtschaftlichen Situation des Menschen mit Behinderung gewährt werden."*

<http://www.kobinet-nachrichten.org/de/1/nachrichten/28273>

## 6.4. Panorama – Wie der Staat Behinderte arm hält

Die ARD hat am 19.12.2013 erstmals für ein breites Publikum in ihrem Politmagazin Panorama aufgezeigt, wie der Staat Menschen mit Behinderungen arm hält. Zu Wort kamen die Richterin Nancy Poser und der Jurastudent Constantin Grosch, die die Einkommens- und Vermögensanrechnung kritisieren und deren Abschaffung fordern.

<http://www.ardmediathek.de/das-erste/panorama/rollstuhlfahrer-wie-der-staat-behinderte-arm-haelt?documentId=18751130>

Bisher erschienene Newsletter:

März 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_03\\_11\\_Newsletter\\_03-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_03_11_Newsletter_03-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

April 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_04\\_02\\_Newsletter\\_04-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_04_02_Newsletter_04-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

Mai 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_05\\_13\\_Newsletter\\_05-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_05_13_Newsletter_05-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

Juni 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_06\\_22\\_Newsletter\\_06-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_06_22_Newsletter_06-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

Juli 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_07\\_31\\_Newsletter\\_07-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_07_31_Newsletter_07-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

August/September 2013:  
[http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_09\\_17\\_Newsletter\\_08+09-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_09_17_Newsletter_08+09-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

Oktober 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_10\\_25\\_Newsletter\\_10-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_10_25_Newsletter_10-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)

November 2013: [http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013\\_11\\_21\\_Newsletter\\_11-2013\\_EkVmAnr\\_BdlG.pdf](http://forsea.de/projekte/Teilhabesicherungsgesetz/2013_11_21_Newsletter_11-2013_EkVmAnr_BdlG.pdf)